

Hypo-Krise = Systemkrise

Für das **Hypo-Desaster** sollen wir noch Milliarden zahlen, die für Bildung und Soziales fehlen. Verantwortlich sind dabei nicht nur korrupte PolitikerInnen wie Haider, sondern das kapitalistische Wirtschaftssystem. Um die Kosten für das Debakel nicht auf der Gesellschaft abzuladen braucht es eine echte demokratische Verstaatlichung.

Seite 2

Putschgefahr in Venezuela?

Was ist ein Jahr nach Chávez' Tod von seinem "Sozialismus des 21. Jahrhunderts" und seiner "Bolivianischen Revolution" geblieben? Wie lassen sich die aktuellen Proteste und die repressive Reaktion seitens der Regierung erklären? Was sind die Perspektiven für die Linke? Ein Bericht von Johan Rivas von Socialismo Revolucionario, CWI Venezuela.

Seite 12

Schwerpunkt

Das **CWI** wird 40 Jahre alt. Einen Überblick über theoretische Schwerpunkte, Ausbreitung und Wachstum der Organisation sowie zentrale Kampagnen behandelt dieser Schwerpunkt. Seiten 7-10



Normalpreis €1,-
Solipreis €2,-

VORWÄRTS

SLP
Sozialistische LinksPartei

Die Sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 227 | 04.2014



Widerstand gegen Zukunftsraub!

Ob **Gratiszeitung**, Fernsehen oder Internet: egal wo man sich „informiert“, man wird auf die gleichen Themen stoßen: Arbeitslosig-

oder Leute bestochen werden, im Kern geht's immer um das Gleiche: Die politische Elite nutzt ihre Macht- position um sich schnell zu

schwung“ glauben sie selbst nicht mehr. Und nach der nächsten Wahlniederlage oder Bekanntwerden eines neuen Skandals können

geschaffenen Probleme zu lösen. Es gibt Personalabbau (z.B. bei den Großbanken), Produktionsschließungen (z.B. bei Steyr Wien) oder Insolvenzen (wie aktuell bei DiTech). Noch (!) gibt es öffentliche Gelder für (private) Pflege, den Sozialbereich und Schulungen für Jugendliche. Keine Parlamentspartei ist aber

wirklich bereit, sich das nötige Geld bei den Superreichen zu holen. Pflegeheime oder Lehrlingsausbildung werden über AMS-Gelder oder Steuern direkt von den ArbeitnehmerInnen finanziert. Einsparungen bei Bund und Ländern haben auch in diesem Bereich bereits viele Jobs ge- kostet. Vertieft sich die kapitalistische Krise und dieses Geld fällt weg, wird es mittelfristig in Österreich eine (Jugend)Arbeitslosigkeit und Verarmung wie in Südeuropa geben. Eine Bewegung gegen Korruption muss daher mit einem Kampf gegen Arbeitslosigkeit verbunden werden.

Michael Gehmacher

Die herrschende Elite stiehlt nicht nur Geld, sondern auch unsere Zukunft. Dagegen müssen wir uns wehren!

keit, Armut, die ewigen „Baustellen“ wie Bildung und v.a. Korruption.

Strasser, Grasser, Wiener AKH, Burgtheater, Notenbank, der Dauerbrenner Hypo, die Liste ließe sich lange fortsetzen. Egal ob da „FreundInnen“ Großaufträge kriegen, Geld gestohlen

bereichern. Das Schlagwort von der „schnelllebigen Zeit“ kann für ArbeitnehmerInnen bedeuten, dass sie einen neuen Job bald wieder los sind. Für die Mitglieder der herrschenden Klasse bedeutet es, dass sie sich schnell bereichern müssen. An den „Wirtschaftsauf-

sie von ihren Posten wieder weg sein (um oft kurz danach wieder auf einem anderen profitablen Posten aufzutauen).

Die politische Elite bereichert sich nicht nur, sie ist auch nicht in der Lage, die von der kapitalistischen Krise

geschaffenen Probleme zu lösen. Es gibt Personalabbau (z.B. bei den Großbanken), Produktionsschließungen (z.B. bei Steyr Wien) oder Insolvenzen (wie aktuell bei DiTech). Noch (!) gibt es öffentliche Gelder für (private) Pflege, den Sozialbereich und Schulungen für Jugendliche. Keine Parlamentspartei ist aber

wirklich bereit, sich das nötige Geld bei den Superreichen zu holen. Pflegeheime oder Lehrlingsausbildung werden über AMS-Gelder oder Steuern direkt von den ArbeitnehmerInnen finanziert. Einsparungen bei Bund und Ländern haben auch in diesem Bereich bereits viele Jobs ge- kostet. Vertieft sich die kapitalistische Krise und dieses Geld fällt weg, wird es mittelfristig in Österreich eine (Jugend)Arbeitslosigkeit und Verarmung wie in Südeuropa geben. Eine Bewegung gegen Korruption muss daher mit einem Kampf gegen Arbeitslosigkeit verbunden werden.

Die SLP fordert:

- Statt Geld für Banken und Konzerne – Geld für Bildung und Soziales!
- Kampf um jeden Arbeitsplatz: radikale Arbeitszeitverkürzung bei vollen Lohn und Übernahme der Betriebe durch die öffentliche Hand!



von Sonja Grusch Die Welt blickt gebannt auf die Krim. Wird es Krieg geben? Dass Putin nicht vor einem Krieg zu rückschrekt, hat er schon in Tschetschenien bewiesen. Doch eines sei ganz klar gemacht: auch USA, EU & Co. sind keine Friedenstauben. Sie führen Kriege, wann immer es den wirtschaftlichen und geopolitischen Interessen ihrer Staaten und dazu gehörender KapitalistInnen als notwendig erscheint. Mit aller Brutalität inklusive Bomben auf die Zivilbevölkerung, Einsatz von chemischen Waffen, Vertreibungen etc. Die Friedensbeschwerungen des „Westens“ haben nichts mit Demokratie oder der Verteidigung nati-

Von Hühnerbeinen, Tonfüßen und Blasen

onaler Souveränität zu tun. Die Panik bezüglich eines drohenden Krim-Krieges liegt stark in der Instabilität der Weltwirtschaft. Sie steht spätestens seit 2007 auf „tönernen Füßen“ („Chicken legs“ auf Englisch) und neue Blasen, die jederzeit Platzen können, haben sich gebildet. Die Weltwirtschaft hat sich seit 2007 nicht wirklich erholt und kann durch jede Erschütterung in die nächste Krise gestürzt werden. In der Ukraine gibt es diverse Erze, allein 5% der weltweiten Eisenerzvorkommen, Kohle, Erdöl und Erdgas. Der Großteil der russischen Gaslieferungen gehen durch die Ukraine. Im Falle eines Krieges würden die Rohstoffpreise dramatisch nach oben gehen und könnten die Weltwirtschaft in den nächsten Abgrund stoßen. Ähnlich auch die Panik der Herrschenden angesichts der Hypo-Krise: Ihr Engagement in Südosteuropa und ihre Rolle in Österreich könnten europaweite Erschütterungen lostreten. Alles, wirklich alles, wird im Kapitalismus dem Gediehen oder auch nur Überleben von Wirtschaft und Profiten untergeordnet. Damit die Blase nicht platzt wird sie mit Lügen, sozialer Misere und wenn „nötig“ auch mit dem Blut von Kriegsopfern geflickt. Darunter liegt aber ein System das schon so überholt ist, dass es nur mehr Flickwerk ist.

Impressum:
Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion: Sozialistische LinksPartei (SLP),
Pappenheimgasse 2/1, 1200 Wien. | Druck: digiDruck.at, 1100 Wien,
Herstellungs- und Verlagsort: Wien, | DVR: 08202021 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U
Abo-Zahlungen & Spenden: PSK (BLZ 60 000) Kto-Nr. 8812.733

Wer untersucht was in wessen Interesse?!

Im Zuge des Hypo-Skandals stellt sich die Frage wie die Vorgänge untersucht werden. Ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss ist zu wenig. Vieles wird gar nicht veröffentlicht. Es geht den Parlamentsparteien eher darum, ihr Image aufzupolieren oder sich zu schützen als den Skandal aufzuklären.

Auch was untersucht wird, ist beschränkt: nämlich nur, ob die Verantwortlichen sich an die

Spielregeln gehalten haben. Die Spielregeln selbst stehen nicht zur Debatte; wem Spekulation, Privatisierung etc. überhaupt nützen wird nicht gefragt.

Für eine Untersuchung im Sinne der 99% muss sie durch VertreterInnen der Beschäftigten, kleiner SparerInnen und der ArbeiterInnenbewegung, z.B. AK und der Gewerkschaft erfolgen. Das beinhaltet vollständigen Zugang zu allen Unterlagen und Veröffentlichung aller Daten.



Hypo-Krise = Systemkrise

Für das Hypo-Debakel sollen wir Milliarden bezahlen. Es ist aber nicht nur das Resultat korrupter, gieriger PolitikerInnen. Vielmehr ist es

wurde das aber keineswegs beendet!

Die Kosten für die Spekulationsgeschäfte sollen jetzt uns aufgebürdet werden.

würden ihren Job verlieren und KleinsparerInnen in Osteuropa ihre Spareinlagen, da es dort keine Einlagnsicherung gibt.

Die Hypo ist das Resultat eines Systems, in dem Profite wichtiger sind als Menschen.

Ausdruck eines Systems, in dem alles Profiten untergeordnet wird.

In Südosteuropa war die Hypo in hoch riskante Geschäfte involviert. Dabei wurde keine Schweinerei ausgelassen, um Profit zu machen, staatliche Strukturen wurden zerschlagen, mafiose Strukturen genutzt oder geduldet usw.. Gedekkt wurden diese dubiosen Geschäfte durch absurd hohe Landeshaltungen. Mit der Notverstaatlichung

Die im Moment vorgeschlagenen Lösungen lassen die Falschen für das Hypo-Deaster zahlen.

Die Abbaugesellschaft bedeutet, dass die noch profitablen Teile der Bank verkauft werden und der Staat auf den wertlosen sitzen bleibt. Eine Insolvenz könnte eine weitere Finanz- und damit zusammenhängenden Wirtschaftskrise mit Betriebschließungen etc. auslösen. Die Beschäftigten der Hypo

Wir fordern eine echte demokratische Verstaatlichung der Bank durch Beschäftigte, KleinkundInnen und VertreterInnen der ArbeiterInnenbewegung. Es muss überprüft werden wohin das Geld in den letzten Jahren geflossen ist, wer profitiert hat. Keine Schonung mehr für SpekulantInnen und GroßanlegerInnen die sich an der Hypo-Pleite noch eine goldene Nase verdienen.

Christoph Glanninger

Weg mit dem Bank- und Betriebsgeheimnis



Klar ist, dass sich vor und nach der Notverstaatlichung der Hypo manche eine „goldenen Nase“ verdient haben. Unklar ist, wer genau. Wir haben das Recht zu erfahren, wohin das Geld in den letzten Jahren geflossen ist, wer profitiert hat. Dabei stehen Bank- und Firmengeheimnis im Weg. Sie dienen nicht dazu, Innovationen oder die viel genannte „Omi“ zu schützen, sondern Menschen die sich auf Kosten der Allgemeinheit bereichern.

Kleine SparerInnen sind schon längst zum „gläsernen Menschen“ geworden während die wirklich Kriminellen weiter machen können was sie wollen.

Auch das Argument einer Kapitalflucht - ausgelöst durch eine Aufhebung des Bankengeheimnisses - stimmt so nicht. Schutz davor stellt nicht das Bankengeheimnis dar, sondern die Übernahme von Banken und Konzernen durch die Beschäftigten.



Der rechte Rand

Bei einer Wahlveranstaltung der FPÖ im September letzten Jahres meinte der Grazer SJ Vorsitzende Sebastian Pay, Hitlergrüße im Publikum gesehen zu haben und fotografierte die Verdächtigen. Die Annahme ist alles andere als absurd: Regelmäßig besuchen Nazis FPÖ-Veranstaltungen, regelmäßig kommt es dort zu Wiederbetätigung. Doch statt den Rechten musste Pay wegen „Verleumdung und falscher Beweisaussage“ selbst vor Gericht. Nun drohen ihm sechs Monate bedingte Haft und 1.440 Euro Geldstrafe. Die Ermittlung gegen die Rechten wurde eingestellt. Auch das Polizeiaufgebot zum Akademikerball und die „Schleppelei-Prozesse“ stellen zur Schau, welche Repression gegen Links betrieben wird, während Rechte geschützt werden. Urteile gegen rechtsextremistisch motivierte Taten fallen mild bis harmlos aus: Der ehemalige FPÖ-Spitzenkandidat in Tirol, August Penz, wurde Anfang des Jahres freigesprochen. Mit seinem Wahlslogan „Heimatliebe statt Marokkanerdiebe“ habe er nicht das gesamte marokkanische Volk beleidigt, so die Begründung. Der Verfasser des NVP-Programms, das er vom „Lehrplan für die weltanschauliche Erziehung in der SS und Polizei“ der NSDAP abgeschrieben hatte, wurde kürzlich freigesprochen – dank des Rechtsaußen-Gutachters Eckhard Jesse. Dagegen wird antifaschistisches Engagement regelmäßig bestraft. Davon dürfen wir uns allerdings auf keinen Fall abschrecken lassen. Der Kampf gegen Rechts muss und wird weitergehen, bis die Faschisten ihren Nährboden, den Kapitalismus, endgültig verloren haben.

Andreas Sauter

Wer sich auszieht, hat's leichter?

Super für PatientInnen und KonsumentInnen! So stellt die Propaganda „elga“ und „smartmeter“ dar. Bei „elga“ werden Gesundheits-

sundheitsleistungen stark Abhängige wie Ältere oder Kranke nehmen deshalb an „elga“ gezwungenermaßen oder unwis-

Mächte“ zu unserem Schaden verwendet. Wir leben in einer Gesellschaft, in der es um Profite geht. Weder Staat noch andere Akteu-

sicherung kündigen, bevor der Versicherungsfall eintritt. Und jede Information kann für staatliche Repression gegen soziale Bewegungen eingesetzt werden. Ob Panne oder Missbrauch: Wir haben weder Kontrolle noch Information über den Fluss unserer Daten an profitorientierte Firmen. Die schön formulierten Rechte im Gesetz sind zahnlos. Der gläserne Mensch ist zum Vorteil von Wirtschaft und etablierter Politik. Es ist weiters ein gigantisches Geschäft für IT-Konzerne. Wie wäre es stattdessen mit gläsernen Firmenkonten? Damit Unternehmen sich nicht um Zahlungen an Krankenkassen und Beschäftigte drücken können!

Helga Schröder

Überwachung wird uns als Vereinfachung, Vorteil oder sogar gesundheitsfördernd verkauft.

daten vernetzt, „smartmeter“ sind detailliertere Zähler und Melder für Energieverbrauch. Ablehnung ist in der Praxis kaum möglich. Die Pseudo-Freiwilligkeit bei „elga“ heißt opt-out (Widerspruch). Dieser ist nur möglich mit Bürgerkarte und übers elga-Portal. Wer nicht teilnehmen will, muss somit teilnehmen. Schriftlicher Widerspruch ist extrem schwer durchzuführen. Von Ge-

send teil. Es geht nicht um Technologienfeindlichkeit, Ablehnung von Informationen für gute Versorgung oder Unwillen zum Stromkostensparen, sondern um die Frage: Wer verfügt über Informationen aus unserem Leben, wer kontrolliert sie warum und wer profitiert davon?

Doch vor Verschwörungstheorien sei gewarnt: Unsere Daten werden nicht geplant durch „dunkle

re, die unsere Daten in die Finger bekommen, sind „neutral“ oder „unabhängig“. Es muss nicht gleich die NSA sein. Es genügt, wenn Energieverbrauchsdaten von MieterInnen beim Immobilienkonzern gesichtet und MieterInnen „kalter“ Wohnungen gekündigt werden. Oder wenn Gesundheitsdaten von ArbeitnehmerInnen beim Arbeitgeber landen. Oder bei Versicherungsfirmen, die dann eine Ver-

Hypo: Wohin geht unser Geld?

2006 wurde der spekulationsbedingte Verlust von 328 Mio. Euro bekannt. 2007 folgte der Verkauf an die Bayrische Landesbank: Ex-SPÖ-Finanzminister Lacina stimmte als Mitglied der Kärntner Landesholding gegen den Verkauf. Doch was tat er angesichts der tickenden Zeitbombe? Beim Verkauf gab's für die Freiheitlichen 27, die ÖVP 13 Mio. Euro, für den von Haider und Martinz (ÖVP) engagierten Berater Birnba-

cher über 12 Mio.; auch wurden 2008 Sonderdividenden von 50 Mio. Euro an AltaktionärInnen ausbezahlt, den Löwenanteil erhielt die Bank Burgenland mit 26,3 Mio. 2009: Notverstaatlichung zum symbolischen Preis von 4 Euro; Zuschuss der Republik: bis zu 450 Mio. Euro. Seit der Notverstaatlichung sind bis Ende 2013 ca. 4,8 Mrd. in die Bank geflossen: 3,6 Mrd. direkt und 1,2 Mrd. Hafungen.

Die SteuerzahlerInnen sollen für die Abwicklung geschätzte 10 Mrd. zahlen. Das ist der Börsenwert von EVN, VOEST Alpine und STRABAG zusammen oder 20 neue Uni-Standorte. Die Staatsschulden steigen um ca. 18 Mrd.. Sparpakete sind angekündigt. Die Profiteure aus den Spekulationen nach '09: Landeshypotheken, Raiffeisen, Hedgefonds – durch staatlich garantierte Gewinne, die auch wieder die SteuerzahlerInnen berappen.

3,02 Mio. Euro kassierte Tilo Berlin als Hypo-Vorstandsvorsitzender für 23 Monate. 2012 erhielt der Hypo-Vorstand 2,47 Mio. Euro und bei einer Wertsteigerung der Bank nach der Notverstaatlichung nochmal das 3,5fache Jahresgehalt als Bonus. Auch für externe ExpertInnen hatte der Staat, der selbst Fachleute beschäftigt, als Hypo-Eigentümer über 200 Mio. Euro übrig – wieder ein Körbergeld für FreundeInnen!?

Nach der Ankündigung der Kürzung weiterer 950 Arbeitsplätze und der Schließung aller Fahrkartenschalter, riefen die Gewerkschaften RMT und TSSA am 4./5. Februar zum Streik. RMT und TSSA organisieren die Beschäftigten der britischen Transportbranche. Dieser Streik wird zu den größten Erfolgen der ArbeiterInnenbewegung der letzten Jahre gezählt. Das Ergebnis macht der Regierung solche Angst, dass sie weitere Verschärfungen des Streikrechts fordert. Dagegen muss Widerstand organisiert werden!

Die Solidarität der Fahrgäste mit dem Streik war überwältigend. Gleichzeitig wur-

Frisch gekämpft, ist halb gewonnen!

de die Entscheidung über das Kürzungspaket auf den April verschoben. Hierbei stechen zwei Fragen besonders hervor: Wie ist den TransportarbeiterInnen solch ein Sieg gelungen und was können wir daraus lernen?

Die solide Gewerkschaftsführung der RMT und 71% der Bevölkerung, die mit den Streikenden solidarisch sind, waren von Bedeutung. Schlüssel zum Erfolg waren eindeutig die Ablehnung von Kürzungen und der Aufruf zur Verstaatlichung der Branche sowie Wiedereinführung der Subventionen durch den Staat und Kürzungen der Gehälter der Führungspositionen. Durch gemeinsamen Widerstand können selbst die härtesten Sparpakte zu Fall gebracht werden! Wie Bob Crow, der leider kürzlich verstorbene kämpferische Sekretär der RMT, einmal sagte: „Wenn wir alle zusammen spucken, können wir die Arschlöcher ersäufen.“

Nikita Tarasov



Sparpaket bei der VOEST

Das Unternehmen fährt seit 2009 im Stahlbereich ein hartes Sparprogramm mit Einsparungen von im Schnitt 370 Mio EUR pro

che“ Abgang durch Pensionierung und Selbstduldigung, der nicht mehrersetzt wird. So gingen in den letzten fünf Jahren still und

Staatsschulden wären ihm lieber als einige tausend Arbeitslose, wurde legen-där. Doch sicher waren die Arbeitsplätze auch damals

liberalen Logik angepasst, wie eben ganz normale kapitalistische Betriebe. Ver einzelt konnten Sozialleis-tungen (wie etwa günstiges Kantinenessen, wo der Be-trieb dazuzahlt, oder ver-schiedene Versicherungs- und Leasingangebote, Ferienaktionen etc.), von den Betriebsräten aus früherer Zeit in die Gegenwart ge-rettet werden. Doch sonst unterscheiden sich die Be-triebe durch nichts mehr von der Privatwirtschaft.

Für Privat- und Restver-staatlische Unternehmen gilt: Die Antwort auf Ar-bettsplatzabbau ist gewerk-schaftliche Mobilisierung für eine generelle Arbeits-zeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalaus-gleich.

Gerhard Ziegler

In der Auto-, Haushalts- und Bauindustrie stagniert der Blechabsatz der VOEST.

Jahr. In den restlichen Sparten (Schienen, Wei-chen, Draht, Spezialstahl, Edelstahl ...) belief sich das jährliche Sparvolumen auf 80-100 Mio. EUR.

Das bedeutet u. a. massi-ven Personalabbau. Vor der Krise 2008 stieg der Anteil an Leiharbeitskräften auf mehr als 10 % der weltweit etwa 44.700 Beschäftig-ten. Diese wurden nun um mehr als 30 % reduziert. Dazu kommt der „natürl-

heimlich ohne große Kün-digungswellen an die 2.000 Arbeitsplätze verloren.

Das Sparpaket sollte heu-er auslaufen. Doch die an-haltende Wirtschaftskri-se ist Anlass, den Sparkurs weiter zu führen - 5-600 Mio EUR werden kolpor-tiert.

Früher galten die Ar-bettsplätze in der Verstaat-lichten Industrie als sicher. Bruno Kreiskys Ausspruch, einige Millionen mehr an

nicht - schon kurz nach diesem Ansager zog die da-malige europaweite Stahl-krise einen massiven Ar-bettsplatzabbau in der VO-EST-ALPINE und deren Zerschlagung und Privati-sierung nach sich.

Doch mit Veränderung der wirtschaftlichen La-ge haben sich alle Betriebe, wo es noch einen Rest an Staatsbeteiligung gibt (wie VOEST-ALPINE, Post, Te-lekom, OMV etc.) der neo-

Wahlerfolg bestätigt kämpferisches Betriebsratsteam



Bei Wohnservice Wien wurde der Betriebsrat neu ge-wählt und die kämpfe-rische Liste be-WSW als Mehrheitsfraktion bestä-tigt. Mit 68,8% der abge-gebenen Stimmen wird die Liste vier von sechs Sitzen im neugewählten Betriebsrat haben. Die klare Mehrheit hat für die Fortsetzung des konse-quenten Kurses gestimmt. Ein großer Erfolg.

Mit dabei ist auch SLP-Mitglied Irene Müller. „Das Ergebnis zeigt, dass die

KollegInnen eine konse-quente Interessensvertre-tung wollen. Das werden wir auch weiter umsetzen.“, komme-niert sie die Wahl.

„In den letzten Jahren konnten wir einige Ver-schlechterungen abweh-ren und Verbesserungen erkämpfen. Zum Beispiel pochen wir immer wieder auf die Einhaltung der Ar-bettszeitgrenzen.“, erzählt sie. „Dabei war es uns im-mer wichtig, alles mit den KollegInnen abzusprechen. Zu oft wird hinter dem Rü-

cken von KollegInnen ver-handelt. Wir machen das anders!“

Wichtig ist den Betriebs-rätInnen von be-WSW auch die Solidarität mit anderen Betrieben. „Bud-getkürzungen, Sozialab-bau und Konflikte anderswo haben auch Auswir-kungen auf uns.“, so Irene. „Deshalb werden wir immer für größtmögliche Solidarität zwischen ver-schiedenen Belegschaften eintreten.“

Christian Bunke

Demonstrieren statt Blumenstrauß

Seit über 100 Jahren gibt es nun schon den internationalen Frauentag und seit 1917 begehen ihn SozialistInnen und Frauenrechts-AktivistInnen in aller Welt am 8. März. Heute gilt der 8.3. Vielen als Anlass um Blumen zu verschenken, tatsächlich ist es aber ein Kampftag!

In diesem Jahr nahm die SLP den Frauentag zum Anlass für die Kampagne „Nicht mit mir! - Gemeinsam gegen Rollenklischees, dumme Sprüche und sexistische Werbung“. Ziel war es besonders junge Frauen für den Kampf gegen Sexismus und Kapitalismus zu gewinnen. So verteilt wir Flyer vor Schulen und Unis und mobilisierten zu Demos und Aktionen. In diversen Einkaufszonen überklebten wir öffentlich sexistische Plakate um so dagegen zu protestieren. In Wien demonstrierten wir vor einem Geschäft für Mädchen-Untergrößen, das junge Frauen bewusst zur Magersucht „ermutigt“. In Salzburg organisierten SLP-AktivistInnen am 8. März eine Infoaktion um auf die Situation von Frauen in Österreich heute aufmerksam zu machen, die noch immer oft unterdrückt und benachteiligt werden. Anschließend nahmen wir gemeinsam an der Frauentags-Demo teil. „Frauen und Männer demonstrier-

Tilman M. Ruster

Widerstand gegen rechte Hetze! Kein Platz für die FPÖ in Salzburg!

Am 20.2. fand anlässlich der Gemeinderatswahlen die Wahlkampfveranstaltung der FPÖ mit Strache im Stieglkeller statt. Dabei verbreitete die FPÖ wie üblich ihre rechte Hetze. Mit der Forderung nach einem Bettelverbot trat Spitzenkandidat Schöppel besonders gegen sozial Schwache auf. Doch eine kämpferische Gegendemonstration von 300 AntirassistInnen leistete Widerstand gegen die Blau-

ten gemeinsam, was die sowieso schon tolle Demo noch politisch aufwerte, denn es ist ein gemeinsamer Kampf!“, meint Karin, 39, über die Demo in Graz. Auch in Linz und Wien waren wir bei den Demos dabei. Tags darauf hielten wir in Wien ein Seminar zu Frauenrechts-themen ab. Dabei wurde klar, dass die Wirtschaftskrise auch erkämpfte Frauenrechte wieder bedroht. So wurde in Spanien das Recht auf Schwangerschaftsabbruch auf den Stand der Franco-Diktatur zurück gesetzt und auch in Österreich werden Frauen, die eine Abtreibung durchführen lassen wollen, noch von vielen Spitätern abgewiesen. Überhaupt drängen bürgerliche PolitikerInnen und Medien in Zeiten von Kürzungen im Gesundheits- und Bildungssystem Frauen wieder in die Rolle der Hausfrau und Mutter.

Gemeinsam gingen wir den Ursachen von sexistischer Werbung und Schönheitswahn nach und tauschten Erfahrungen aus dem Alltag aber auch aus früheren Frauenrechts-Kampagnen aus. Die intensiven Debatten waren eine gute Vorbereitung auf die kommenden Bewegungen. Aus theoretischem Wissen wird jetzt praktische Aktion!

Tilman M. Ruster

der SLP, welches in 4 Arbeitskreise geteilt war. Am Vormittag standen die Themen "Rechstextremismus in Österreich" und "Der antifaschistische Kampf in Griechenland" zur Auswahl. Am Nachmittag "Was ist Sozialismus?" und "Die Geschichte des Kampfes für Frauenrechte". Der kurze Film über die WASP (Workers and Socialist Party; von uns unter-



„Ich will mehr solcher Seminare“

Bei Marxismus Konkret waren TeilnehmerInnen aus Linz, Salzburg, Wien und Innsbruck. Wie wars?

Das war ein Seminar

stützte Partei in Südafrika; Anm. Red.) war auch sehr interessant und informativ.

Gut fand ich auch, dass zwei Flüchtlinge teilgenommen haben.

Hast du Dir etwas für die po-

Magdalena Reischl, Schülerin in Wels, war beim „Marxismus Konkret“-Seminar der SLP in Linz.

Gab es etwas, was du besonders spannend fandest?

Mir hat der Arbeitskreis zu Griechenland besonders gefallen, da ich mich mit dem Thema noch nicht so viel auseinandergesetzt habe, es mich aber doch sehr interessiert. Der Augenzeugenbericht bot einen sehr guten Einblick in die schlechte Situation Griechenlands. Im allgemeinen war der Arbeitskreis äußerst informativ.

litisches Arbeit mitnehmen können?

Ich hätte gerne mehr solcher Seminare! Auch Österreich rast auf die Krise zu und ich finde, dass es auch hier nötig ist, mehr auf die Straße zu gehen. Selbst mit unserem "tollen" Österreich kann es so nicht weiter gehen. Es ist klar geworden, dass man die Probleme auf keinen Fall ignorieren darf.

Termin des Monats



Befreiungsfeier in Mauthausen

Wie jedes Jahr nimmt die SLP an den Gedenkfeierlichkeiten zur Befreiung des ehemaligen KZ Mauthausen teil. Für uns bedeutet antifaschistisches Gedenken nicht nur, um die Toten zu trauern und die KämpferInnen gegen den Naziterror zu ehren. Wir betonen ebenso die Notwendigkeit des antifaschistischen Kampfes heute.

SLP-Bus nach Mauthausen: So, 11. Mai, 7⁰⁰ Uhr, Westbahnhof/Felberstraße | Teilnahmebeitrag: € 5.-
Anmelden unter slp@slp.at

Zwei Jungstars der SPÖ verlassen die Spitzopolitik: Moitzi, Vorsitzender der SJ und Rudas, „die Laura“. Er, nachdem es mit bei der Nationalratswahl nichts wurde, Richtung Privatwirtschaft. Sie geht in die USA Management studieren. Die SPÖ hat scheinbar nicht einmal jungen KarrieristInnen Interessantes zu bieten.

Vor allem aber junge Linke, die innerparteilich Veränderungen erreichen wollen, haben schon lange keine Chance, in diesen Bunker einzudringen: z.B. trat Blaha, ÖH-Vorsitzende, 2007 gemeinsam mit der VSStÖ-Chefin Kuba aus der SPÖ aus, nachdem Gusenbauer sein Wahlversprechen gebrochen

Rote Seitenblicke

hatte.

Aktuell wird eine mögliche Nachfolgerin von Moitzi, Julia Herr, von Heinisch-Hosek rüde vom Podium gebeten. Die junge Nationalrätin Holzinger stimmt entgegen dem Klubzwang für einen U-Ausschuss. Ihr Mandat wird sie wohl nicht lange haben, wenn sie sich weiter aus dem Fenster lehnt. Wem der Linkes-Feigenblatt-Status nicht genug ist, scheidet aus.

Nicht wirklich ausgeschieden sind Rudas und Moitzi: Sie wären nicht die ersten, die bei nächster Gelegenheit (noch) angepasster wieder in Erscheinung treten. „Laura Neu“? Wenn nicht das, so werden die gesponserten Netze ihnen sicher ein sorgloses Auskommen verschaffen. Klar ist: Die SPÖ ist eine zutiefst bürgerliche Partei, in der selbst in Spuren linke Ideen nicht diskussionsfähig sind und die bei Arbeitskämpfen und Protesten auf Seiten von Arbeitgebern und Regierung steht. Eine neue ArbeiterInnen-Partei ist dringend nötig!

Peter Gründler



Alles Faschos?

Seit den 1950er Jahren schlossen sich internationale Fußballfans in Ultras-Gruppierungen zusammen, vorrangig um die eigene Mannschaft zu unter-

stützen. Im Laufe der Jahre entwickelten viele Gruppen aber auch politische Forderungen und stiegen in den gesellschaftlichen Diskurs ein. Anfangs ging es vor allem um Repression, mit der Fußballfans konfrontiert sind. Doch die Erfahrung zeigt: wenn soziale Bewegungen entstehen, finden sich auch immer öfters Ultras in den ersten Reihen. Der Großteil der Ultras-Bewegung

stammt aus proletarischen Schichten, die den Fußballplatz als Ventil für den tristen Arbeitsalltag sehen. Diese Schichten werden von Sozialabbau am här-

selfiguren in Auseinandersetzungen mit dem Staat.

Schafft es die Linke allerdings nicht, den meist schon vorhandenen Klas-

senhass unter Ultras in die richtigen Kanäle zu lenken, werden diese schnell gefundenes Fressen für faschistische Kräfte und in weiterer Folge deren Kanonenfutter. So haben sich auch in der Ukraine Fußballfans an den Maidan-Protesten beteiligt und DemonstrantInnen vor Polizei und Militär beschützt. Dass sie dabei vor allem den rechtsextremen Parteien „Swoboda“

che der Linken in der Ukraine.

Ultras sind also nicht grundsätzlich rechts, weshalb es – nicht nur in der Ukraine – enorm wichtig ist, linke Strukturen in- und außerhalb der Kurve aufzubauen, die den berechtigten Hass gegen die Herrschenden und den Kapitalismus und nicht gegen eine Hautfarbe, Homosexualität oder Religion richten. **Gabriel Winkelmüller**

Ultras spielen in sozialen Bewegungen eine Rolle und nehmen politische Dynamiken auf.

testen getroffen. Oft sind sie gezwungen, den Kampf aufzunehmen und soziale Proteste (wie zum Beispiel am Tahir-Platz in Ägypten, wo Ultras den Prellbock zwischen Militär und DemonstrantInnen bildeten) zu unterstützen. Auch durch die „Kampferfahrung“, die viele Ultras in Auseinandersetzungen mit der Polizei gesammelt haben, werden sie zu Schlüs-

senhass unter Ultras in die richtigen Kanäle zu lenken, werden diese schnell gefundenes Fressen für faschistische Kräfte und in weiterer Folge deren Kanonenfutter. So haben sich auch in der Ukraine Fußballfans an den Maidan-Protesten beteiligt und DemonstrantInnen vor Polizei und Militär beschützt. Dass sie dabei vor allem den rechtsextremen Parteien „Swoboda“

GOT: Königshäuser und Erbfolgekriege

Im April startet die neue Staffel von Game of Thrones. GOT ist Fantasy, gibt aber interessante Einblicke in die Funktionsweisen von Feudalismus und Klassengesellschaft. Frauen werden auf ihre Fähigkeit reduziert, Kinder zu gebären. Sie werden nach Belieben verheiratet und erfahren immer wieder Gewalt. Eine realistische Darstellung der Entwicklung von Klassengesellschaften: Die Produktion eines gesellschaftlichen Mehr-

produkts führte zu einer Klasse von Reichen, für die es wichtig ist, den Besitz in der Familie zu erhalten. Das Verlangen nach der Kontrolle über die weibliche Sexualität, gegen das wir noch heute kämpfen, wurzelt in der Notwendigkeit klarer Erbfolgen.

Die vielleicht interessanteste Figur ist Danaerys Targaryen, Tochter eines früheren Königs. Sie lebt im Exil. Sie hat eine Armee aufgebaut, die den

eisernen Thron bedrohen könnte. In einer der dramatischsten Szenen der letzten Staffel startete sie eine Sklavenrevolte und wird nun von den Armen und Ausgebeuteten verehrt. Diese sind mehr Randfiguren dieser Goldenen Revue im mittelalterlichen Setting. Wird sie ihre egalitäre Vision in einer aristokratischen Gesellschaft verwirklichen können? Und wird sie das als edle Adelige stellvertretend fürs Fußvolk tun?

Brettros



40 Jahre CWI: Geschichte machen wir selbst!

Die SLP gehört dem „Komitee für eine ArbeiterInnen-Internationale“ (CWI) als österreichische Sektion an. 46 AktivistInnen aus 12 Ländern begründeten es im April 1974. Mittlerweile ist das CWI auf allen Kontinenten aktiv. Mit den zunehmenden Krisen des Kapitalismus wird seine Bedeutung rasant steigen.

Die Kräfte des Marxismus waren in den 70ern

nären Massen-Internationale führen soll, gab eine Gruppe britischer SozialistInnen. Sie sahen in den 60ern und 70ern eine ihrer Hauptaufgaben darin, nicht von der allgemeinen ArbeiterInnenbewegung und jungen sich politisierenden Schichten isoliert zu sein. Das bedeutete auch Aktivität in größeren ArbeiterInnen-Parteien, obwohl und weil deren Führun-

revolutionäre Politik der „Kommunistischen“ Partei (damals die führende linke Massenpartei) gab leider den Ausschlag. Es zeigte sich, wie wichtig eine unter ArbeiterInnen verankerte Partei wäre, bei der die Idee einer alternativen sozialistischen Gesellschaft nicht nur am Papier steht.

Unsere GenossInnen suchten die jeweiligen Brenn-

er Parteien von ArbeiterInnen und Jugendlichen war vom CWI klar formuliert worden. Zu diesem Zeitpunkt gab es bereits GenossInnen im Land. Es waren die Wurzeln einer heute bedeutenden Kraft der radikalen Linken. Weitere Auseinandersetzungen folgten in Zypern, Spanien, Nordirland

Durch Solidaritäts-Kampagnen wurden die Grundlagen für Sektions-

aktive GenossInnen hatten in ihren Umzugskartons auch Entschlossenheit und die nötigen politischen Ideen mit.

Die Ausweitung der internationalen Beziehungen führte nach Sri Lanka, Indien und Pakistan. In Sri Lanka ging es um die Linksopposition innerhalb der größten sich trotzkistisch nennenden Partei der Welt, der

Die Gründung des CWI erfolgte zu einer Zeit, als der kapitalistische Nachkriegs-Aufschwung zu Ende ging.

in Folge von Krieg, Massenmord, Faschismus und den Verbrechen des Stalinismus geschwächt. Die bestehende „IV. Internationale“ war in wesentlichen Fragen gespalten. Sie berief sich zwar auf das Erbe von „Marx, Lenin und Trotzki“; doch in der Praxis stolperte sie von einem schwerwiegenden Unsinn zum nächsten. Den Anstoß zum Aufbau einer neuen Struktur, die einmal zu einer revolutio-

gen letztlich zum Hemmschuh von Bewegungen werden konnten.

Auch war die Ausarbeitung theoretischer Grundlagen stets die Grundlage, jedoch nie Ersatz einer Teilnahme an stattfindenden Klassenkämpfen. Z.B. im Mai 1968 in Frankreich. Es ging um nichts weniger als den Fortbestand des Kapitalismus in einem bedeutenden imperialistischen Land. Die anti-

punkte anstatt darauf zu hoffen, dass Menschen einfach so beitreten werden. Vier Tage nach der Gründungskonferenz brach in Portugal die „Nelkenrevolution“ aus. Es war wie selbstverständlich die erste praktische Prüfung des CWI. Im Juli folgte der Sturz der Militärdiktatur in Griechenland samt atemberaubend schneller Entstehung der Massenpartei PASOK. Die Notwendigkeit solch neu-

onens in Lateinamerika, dem Nahen Osten und Afrika gelegt. Auch führte die Verbreitung marxistischer Literatur zu Kontaktaufnahmen von GenossInnen in Nigeria. In Südafrika war es die Unterstützung von kämpferischen Strukturen der Bewegung gegen das Apartheid-Regime. Das Fundament der Sektionen in Australien und den USA ist auf Migration zurückzuführen. Bereits

LSSP. Gerade am Indischen Subkontinent zeigte sich, dass das Ansinnen der AktivistInnen, die aus der ehemaligen Kolonialmacht anreisten, nicht im geringsten von Überheblichkeit, Besserwisserei oder bürgerlicher „Entwicklungs hilfe“ geprägt war. Es ging von Anfang an um den Aufbau einer revolutionären Internationale auf gleichberechtigter Grundlage.

Franz Neuhold

40 Jahre revolutionäre Arbeit im Zeitraffer

- **1964** Zeitung Militant erscheint zum ersten Mal
- **1965** Weltkongress der 4. Internationale; mehrere inhaltliche Differenzen zwischen deren Führung und Militant. Beginn unabhängiger Arbeit in Britannien in den Young Socialists (YS)
- **1969** Ausbruch der Troubles in Nordirland, erste Kontakte im Norden und Süden Irlands
- **1971-73** erste Kontakte nach Deutschland, Südafrika und Schweden - Militant hält mittlerweile Mehrheit im Bundesvorstand der YS
- **1974** Gründungsjahr des CWI: Revolution in Portugal, Sturz der Militärjunta in Griechenland, wenig später Beginn der Arbeit in Griechenland und Zypern, erste Kontakte nach Belgien
- **1977** Intensivierung der Kontakte nach Sri Lanka. Beginn des Aufbaus in Indien
- **Frühe 80er** Anfänge der Arbeit in Chile noch unter der Diktatur
- **1981** erstmals Kontakte nach Österreich
- **1983** VORWÄRTS erscheint zum ersten Mal
- **1983-87** Die Liverpool 47 werden in den Gemeinderat in Liverpool gewählt und mobilisieren in den folgenden 3 Jahren erfolgreich gegen Thatcher; Ausschluss der Redaktionsmitglieder von Militant aus der Labour Party; ein historischer Bergarbeiter-Streik tobt und die Militant Women spielen eine wichtige Rolle bei Solidaritätskomitees
- **1986** Gründung des CWI in Nigeria im Untergrund sowie Gründung von Labor Militant (später Socialist Alternative) in USA
- **1989-90** Beginn des Zusammenbruchs des Stalinismus, in Folge Ansätze in Russland/GUS und Tschechoslowakei; Massenbewegung gegen Poll Tax in Britannien erreicht Höhepunkt unter Führung von Militant
- **1992** Europaweite Demonstration gegen Rechtsextremismus
- und Rassismus in Brüssel; im CWI führt Debatte über Charakter der Sozialdemokratie zur Abspaltung einer Minderheit, die an der Sozialdemokratie festhält
- **1997** Wahl von Joe Higgins ins irische Parlament; er nutzt Position, um sozialen Kämpfen eine Bühne zu geben
- **1999** Gründung von Maavak Sotzialisti (CWI in Israel/Palästina)
- **2004-5** Gruppen in Polen und Italien offiziell etabliert; Beginn der Arbeit in Venezuela und Bolivien; Gründung der WASG in Deutschland in Folge der Montagsdemonstrationen gegen Hartz 4; das CWI-Mitglied Lucy Redler ('Die rote Lucy') wird Lafontaines linke Gegenspielerin
- **2007-8** Ausbruch der Finanzkrise; im Zuge der Radikalisierung in Südeuropa Stärkung der Präsenz des CWI in Spanien und Portugal
- **2009** Beginn der Verbreitung eines regelmäßigen CWI-Journals in Hong Kong und illegal in China; Fusion der bisherigen CWI-Gruppe in Brasilien mit anderen zu LSR, die von nun an führende Linksopposition in PSOL
- **2010** Tiefe Krise in Griechenland mit 17 Generalstreiks in 2 Jahren. CWI-Griechenland „Xekinima“ stellt als erste die Forderung nach Nichtbezahlung der Schulden; Aufbau antifaschistischer Komitees in ganz Griechenland auf Initiative von Xekinima
- **2011** Revolutionen und Bewegungen in Nordafrika; CWI kann in Folge eine Gruppe in Tunesien starten
- **2012** Massaker von Marikana in Südafrika; DSM (CWI) führt Massenstreiks und setzt Initiative zur Gründung der WASP
- **2013** Wahl von Kshama Sawant in den Stadtrat Seattles (USA); die Socialist Party in Australien ist führend in einer Kampagne gegen den East West Tunnel.

40 Jahre CWI - eine sozialistische Welt ist möglich!

Februar 2014: Russland: Fünf russische CWI Mitglieder werden bei Demonstrationen gegen die Putin-Intervention auf der Krim verhaftet.

November 2013, USA: Mit Kshama Sawant, Mitglied von Socialist Alternative (unterstützen-

nossInnen wie zur Zeit der Diktatur erschießen hat lassen. DSM-Mitglieder Liv Shange und Sebei Mametwe sprechen vor tausenden von ArbeiterInnen darüber, wie der Kampf gewonnen werden kann. Wenig später wird auf Initiative des Streikkoordi-

trotz schwieriger Lage ein: Durch Massenmobilisierungen gegen Thatchers brutalen Sparkurs und die Politik des Aushungerns der Gemeinden gelingt es 2.000 Jobs zu schaffen und 4.000 Häuser zu bauen. Am 31.3.90 protestieren 200.000 Menschen ge-

Die Welt ist ein Pulverfass. Das CWI arbeitet, damit aus Aufständen erfolgreiche Revolutionen werden. Der Aufbau des CWI ist Ergebnis marxistischer Analyse, Methode und Programm.

de Gruppe des CWI in den USA), zieht die erste Sozialistin in Seattle in den Gemeinderat ein. Sie wurde im Zuge der Kampagne für einen Mindestlohn von 15 Dollar („15 Now“) von mehr als 90.000 Menschen gewählt und ist als Sprachrohr der Kampagne über die Grenzen Seattles hinweg bekannt. Wie alle anderen gewählten FunktionärInnen des CWI bezieht sie nur ein Durchschnittseinkommen, der Rest wird für politische Kampagnen gespendet.

August - Oktober 2012, Südafrika: Nach dem Massaker von Marikana an streikenden BergarbeiterInnen weiten sich in den Bergbaugebieten Südafrikas Streiks aus. Sie werden von Streikkomitees geführt, an deren Koordinierungskomitee Mitglieder des DSM (Democratic Socialist Movement, CWI in Südafrika) führend beteiligt sind. Die Wut der BergarbeiterInnen wendet sich gegen den regierenden ANC, der ihre Ge-

nierungs-Komitees und des DSM die "Workers and Socialist Party" (WASP) gegründet. Sie hat das Potential, ArbeiterInnen in ganz Südafrika eine Stimme gegen das korrupte ANC-Regime zu geben.

1983-1990, England: Am 27.4.83 streiken 20.000 Bedienstete der Stadtgemeinde Liverpool gegen die von Tories und Liberalen geplanten Privatisierungen.

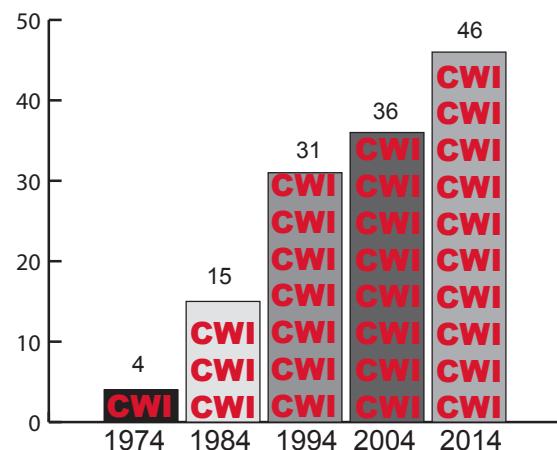
Die Tories verlieren die darauf stattfindende Abstimmung im Gemeinderat und wenig später die Wahlen. Stattdessen erhöht sich der Stimmanteil der Labour Party, angeführt von Mitgliedern der Gruppe "Militant" (CWI in England & Wales zu der Zeit) um 40 %. Basis ist ein weitreichendes sozialistisches Programm gegen Privatisierung und Kürzungen. Es sollen neue Gemeinde-Wohnungen gebaut und die Mieten gesenkt werden. Im Gegensatz zu vielen bürgerlichen Parteien hält Militant seine Wahlversprechen

gen die von Thatcher eingeführte Kopfsteuer "Poll Tax". Im ganzen Land gibt es Nicht-Bezahlungskomitees, führend organisiert von Militant. Selbst bei Fußballspielen singen die Fans: "Wir zahlen die Poll Tax nicht!" Mitte Juni beträgt die Nicht-Bezahlungsrate in den großen Städten 40-50 %. Thatchers Polit-Karriere ist mit ihrer Niederlage gegen die Anti-Poll Tax-Bewegung so gut wie beendet.

1992, Belgien: Zehntausende demonstrieren in Brüssel bei der ersten europaweiten Demonstration gegen Rassismus und Rechtsextremismus. Organisiert ist sie von "Jugend gegen Rassismus in Europa" (JRE). Mit dieser Organisation reagiert das CWI auf den Aufstieg des Rechtsextremismus. Die Demonstration beschränkt sich nicht auf moralische Entrüstung, sondern stellt soziale Forderungen, um dem Rassismus die Basis zu entziehen.

Anzahl der CWI-Sektionen

(ab 1994 inkl. Gruppen und Einzelmitglieder)



Grafik: SH 2014

Heute wie damals: In 45 Ländern, in denen das CWI präsent ist, kämpfen wir gegen Kürzungen, gegen Sexismus und Rassismus und für jede (auch noch so kleine) Verbesserung für die ArbeiterInnenklasse. Wir waren und sind Teil von Bewegungen, wo auch immer sie aufbranden. Wir waren Teil der antikapitalistischen Proteste um die Jahrtausendwende, der Bewegung gegen den Irakkrieg sowie von "Occupy". Wir treten bei Wahlen an, verstehen sie aber als Bühne zur Verbreitung sozialistischer Ideen. Wir sind eine internationale Organisation, weil Sozialismus nur international funktionieren kann.

Ziel war und ist, ArbeiterInnen und Jugendliche zu erreichen. Bis Anfang der 90er arbeiteten wir daher in vielen Ländern innerhalb von sozialdemokratischen Parteien. Damals waren diese Parteien noch ArbeiterInnen-Massenparteien, wenn auch mit bürgerlicher Führung. Doch sie unterschieden sich stark vom neoliberalen Schatten ihrer selbst, der die Sozialdemokratie heute ist. Anders als heute hatten sie noch ein lebendiges Parteileben. Doch seit den 1980er Jahren führte der Prozess der Verbürgerlichung dieser Massenparteien dazu, dass sie v.a. von kämpferischen ArbeiterInnen und Jugendlichen immer weniger als ihre Partei gesehen wurden. Die Sozialdemokratie ging nach rechts; aber wir nicht mit ihr! International entstand eine Debatte über den Charakter der Sozialdemokratie, an dessen Ende je-

ner Teil, der heute das CWI bildet, die Schlussfolgerung zog, dass es nötig ist, die Sozialdemokratie zu verlassen. Die Neuordnung der ArbeiterInnenbewegung mit dem Aufbau neuer ArbeiterInnen-Massenparteien wurde in den Mittelpunkt gerückt. Wir beteiligen uns, wo auch immer Ansätze in diese Richtung entstehen: z.B. in Brasilien in PSOL, in Deutschland in der "Linken" (zuvor WASG) oder eben in Südafrika mit der WASP.

Die schwierige Periode der 90er Jahre hat das CWI relativ gut überstanden. Während andere Linke sich aufgerieben oder aufgelöst haben, konnten wir sogar Gruppen in ehemals stalinistischen Ländern aufzubauen. Das hängt mit unserer Analyse des Stalinismus als "deformierte ArbeiterInnenstaaten" (geplante Wirtschaft, aber keine demokratischen Strukturen) zusammen. Wir haben in Russland, Kasachstan, Polen und der Tschechischen Republik den Grundstein für unsere Sektionen gelegt, indem wir den Kampf gegen Privatisierung und Neoliberalismus führten, ohne gleichzeitig Illusionen in den Stalinismus zu schüren. Wir arbeiten in neokolonialen Ländern wie Indien, wo wir Teil der Massenbewegung gegen Vergewaltigungen sind und Frauenrechte verteidigen. Wir haben Sektionen in Ländern mit komplizierten Situationen wie Israel und Palästina, Sri Lanka oder Nordirland. Das gelingt uns nicht zuletzt aufgrund

unserer Haltung zur sogenannten "Nationalen Frage". Während wir für die Einheit der ArbeiterInnenklasse eintreten, verteidigen wir das grundlegende Selbstbestimmungsrecht von Minderheiten. In Sri Lanka sind wir die einzige Organisation im sinhalesischen Landesteil, die für die Rechte der unterdrückten tamilischen Minderheit eintritt. Wir bekämpfen den Chauvinismus der Herrschenden am besten mit den Kämpfen der ArbeiterInnenklasse als Ganzen. In Schottland unterstützen wir zwar das Recht auf Selbstbestimmung bis hin zur Abspaltung von Britannien, warnen aber vor Illusionen in einen formell unabhängigen, jedoch weiterhin kapitalistischen schottischen Staat. Unsere Alternative ist jene einer sozialistischen Föderation auf freiwilliger Basis.

Seit Beginn der Krise 2008 befinden wir uns in einer Periode von Revolution und Konterrevolution, wie die arabischen Revolutionen oder die Massenbewegungen in Brasilien und der Türkei illustrieren. Für diese Bewegungen macht die Existenz einer starken revolutionären Internationale einen massiven Unterschied. Mitglieder des CWI sind daher vor Ort in Türkei, Tunesien, Ungarn, Spanien und Bosnien aktiv. Es mangelt nicht an Bewegungen, aber an einer Organisation, die den Unterschied macht zwischen Aufstand und erfolgreicher Revolution. Und genau diese Organisation baut das CWI auf. Werde Teil davon!

Laura Rafetseder



Marx aktuell

In allen Teilen der Welt erheben sich die Menschen gegen die Ungerechtigkeiten des Kapitalismus, gegen Korruption und Ausbeutung. Doch selbst wenn Regierungen gestürzt werden, kommt nichts besseres nach. Es fehlt der „subjektive Faktor“. Lenin definierte Bedingungen für eine erfolgreiche Revolution. Eine davon ist eine revolutionäre Partei, die die Bewegung vereinigt, ihr Ziel und Strategie gibt und sicher stellt, dass aus den Lehren der Vergangenheit gelernt wird.

1917 gelang es den russischen Massen eine sozialistische Revolution zum Erfolg zu führen. In den darauffolgenden Jahrzehnten gab es eine Vielzahl von weiteren revolutionären Entwicklungen weltweit. Doch von diesen mussten die meisten Niederlagen hinnehmen. Ihnen fehlte eben dieser „subjektive Faktor“, die revolutionäre Partei. Das russische Proletariat hatte die Bolschewiki,

Die revolutionäre Partei macht den Unterschied

die entscheidende „Zutat“ der Revolution, welche den Sieg möglich machen!

Aus diesen Erfahrungen ergibt sich für das CWI seit 40 Jahren die Aufgabe solche revolutionären Parteien aufzubauen. „Das Haupthindernis für die Umwandlung der vorrevolutionären Lage in eine revolutionäre ist der opportunistische Charakter der proletarischen Führung, ihre kleinbürgerliche Feigheit gegenüber der Großbourgeoisie und die verräterische Verbindung, die sie sogar in deren Todeskampf noch aufrechterhält“, schrieb Leo Trotzki 1938 im „Übergangsprogramm“. Diese Analyse trifft auch heute zu. Die „alten“ ArbeiterInnenparteien (Sozialdemokratie) haben durch ihre Verbürgerlichung und ihren Reformismus schon lange die Seiten gewechselt. Auch die stalinistischen Organisationen haben in der Vergangenheit durch ihre „Volksfrontpolitik“ eine Niederlage nach der anderen herbeigeführt (siehe z.B. spanischer BürgerInnenkrieg oder der Aufstieg des Faschismus).

RevolutionärInnen müssen aus der Geschichte lernen und sich vorbereiten, um als revolutionäre Führung in kommenden Revolutionen den Unterschied zwischen Sieg und Niederlage zu machen.

Das CWI und seine Sektionen haben dabei eine doppelte Aufgabe: auf der einen Seite der Aufbau einer „Partei der Massen“, einer neuen ArbeiterInnenpartei, da die ArbeiterInnenklasse durch die Verbürgerlichung der Sozialdemokratie ohne Klassenvertretung ist. Der Charakter dieser Parteien ist offen, hängt von der Entwicklung von Klassenkämpfen und dem Gewicht der revolutionären Kräfte in ihr ab. Doch wir müssen auch eine revolutionäre Partei aufbauen, die mehr ist als eine Klassenpartei, die das Ziel einer sozialistischen Gesellschaftsveränderung klar vor Augen hat. Denn die Forderungen der sozialen Bewegungen können angesichts der Krise des Kapitalismus nur erreicht werden, wenn mit dem Kapitalismus gebrochen wird.

„Die objektiven Voraussetzungen der proletarischen Revolution sind nicht nur schon 'reif', sie haben sogar bereits begonnen zu verfaulen. Ohne sozialistische Revolution...droht die ganze menschliche Kultur in einer Katastrophe unterzugehen. Alles hängt ab vom Proletariat, d.h. in erster Linie von seiner revolutionären Vorhut. Die historische Krise der Menschheit ist zurückzuführen auf die Krise der revolutionären Führung.“ (Trotzki, Leo. 1938: Das Übergangsprogramm.)

Moritz C. Erkl



Wahlen sind kein Selbstzweck, sondern Teil des Kampfes

Die Linke ist international angesichts der Angriffe auf die ArbeiterInnenklasse und deren Widerstand gefordert. Es gibt Debatten über Strategien und neue Formationen, die auf diese zu reagieren versuchen. Sektionen des

die Reichtümer der Gesellschaft auch allen zu Gute kommen. Wir kämpfen gegen jede Verschlechterung und für alle Verbesserungen für die breite Masse der Bevölkerung. In diesem Kampf gibt es viele verschiedene Mittel und Wege.

Eine Kandidatur bei Wahlen heißt nicht, Illusionen in die bürgerliche Demokratie zu haben.

CWI sind Teil dieses Neulandformierungsprozesses: in Deutschland mit der Linken, in Brasilien bei PSOL sowie in einer Reihe anderer Länder. Viele diese neuen Parteien treten zu Wahlen an. Das ist gut und wichtig. Doch wenn es dazu führt, dass die Wahlorientierung die Hauptarbeit von linken Organisationen wird, dann läuft etwas schief.

Mitglieder des CWI sind aktiv im Kampf gegen Sozialabbau, Rassismus, miese Löhne, Sexismus, Homophobie, imperialistische Kriege; all die unerträglichen Brutalitäten des Kapitalismus, die er mit sich bringt. Wir stehen für eine demokratische sozialistische Gesellschaft, in der

Wir organisieren antirassistische Demonstrationen und ArbeiterInnen in Betrieben, helfen bei und initiieren Streiks oder Bewegungen u.v.m.. Eine weitere Ebene des Kampfes sind Wahlen. Dabei geht es uns aber nicht darum, in Parlamenten möglichst geschickte Deals mit den VertreterInnen der kapitalistischen Parteien einzufädeln.

Im Mittelpunkt steht die Unterstützung von auf der Straße, in Betrieben etc. stattfindenden Kämpfen. Wo CWI-Mitglieder in Körperschaften vertreten sind, haben soziale Proteste und Arbeitskämpfe eine Tribüne. Wir nutzen die zusätzliche Öffentlichkeit, um die For-

derungen bekannt zu machen, zu unterstützen und die Verantwortlichen der etablierten Parteien unter Druck zu setzen. Entscheidend ist und bleibt jedoch der Kampf in Betrieben, Stadtteilen und auf der Straße. Darum

lierten Parteien bloß. Sie sammeln Informationen, die für soziale Bewegungen wichtig sein können. Sie sind nicht Teil der Elite, nehmen nicht an ihren Privilegien und geheimen Treffen teil. Kein/e Abgeordnete/r des CWI bekommt mehr als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn. Sie sind ArbeiterInnen, von ArbeiterInnen gewählt, und für und mit diesen kämpfen sie. Daher: keine Privilegien in welcher Form auch immer.

liegt auch der Fokus der CWI-Mitgliedsorganisationen auf der Organisierung außerparlamentarischen Protests. In Seattle (Washington) hat Socialist Alternative, die US-Schwesterorganisation der SLP mit Kshama Sawant jüngst einen von neun Sitzen im Stadtrat errungen. Basis der Wahlkampagne sowie der täglichen Arbeit im Stadtrat ist die Kampagne für einen Mindestlohn von 15 USD/Stunde, die von tausenden AktivistInnen gemeinsam mit Kshama getragen wird.

Wo auch immer Abgeordnete des CWI sind, stellen Sie die unsoziale Politik, die Heuchelei und die Lügen der etab-

lierten Parteien bloß. Sie sammeln Informationen, die für soziale Bewegungen wichtig sein können. Sie sind nicht Teil der Elite, nehmen nicht an ihren Privilegien und geheimen Treffen teil. Kein/e Abgeordnete/r des CWI bekommt mehr als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn. Sie sind ArbeiterInnen, von ArbeiterInnen gewählt, und für und mit diesen kämpfen sie. Daher: keine Privilegien in welcher Form auch immer.

Sozialabbau, antirassistischen Protest etc. in den Mittelpunkt stellt, kann im Kleinen gezeigt werden, was im Großen möglich und notwendig ist. Wenn die SLP zu Wahlen antritt, dann gehen wir nicht auf „Stimmenfang“, sondern organisieren Menschen, die sich gegen die sich verschlechternde soziale Lage, gegen FPÖ-Rassismus, Personalabbau etc. zur Wehr setzen wollen und bieten ihnen eine politische Alternative an.

Letztlich sind Wahlen nur eine von vielen Kampffeldern im Kapitalismus. Wir haben keinerlei Illusionen, das System „von innen“ zu verändern. Es muss überwunden werden. Dafür ist das Wichtigste die Selbstorganisation von ArbeiterInnen und Jugendlichen. StellvertreterInnenpolitik hilft nicht weiter. Nur Bewegungen in Betrieben, Unis, Schulen, Stadtteilen und auf der Straße bringen echte und lang anhaltende Veränderungen. Sie bringen die Grundlage für Selbstorganisation von ArbeiterInnen und Jugendlichen für den Kampf gegen den Kapitalismus als solchen.

Jan Rybak

Hürdenlauf zum Ausbildungsplatz?

Seit Anfang Dezember läuft die neue Industrielehre-Kampagne der Wirtschaftskammer (WKO). Unter dem Motto: „Mission: Job – die Besten machen das Rennen“ werden in dem Kampagnen-Spot Jugendliche gezeigt, die für ihren möglichen Ausbildungsplatz quer durch die Stadt laufen und Hindernisse überwinden, um an eine Lehrstelle zu gelangen. Natürlich kommen nur die besten drei ins Ziel und haben damit die Möglichkeit (!), eine Ausbildung zu machen. Dass Jugendliche für eine Lehrstelle wirklich durch die Stadt laufen müssen und ihnen alle möglichen Hürden in den Weg gestellt werden, ist eine traurige Tatsache. Die Leichtigkeit, mit der die Darsteller in dem Film diese überwinden, gibt es aber nicht. Jobsuchenden Jugendlichen wird vermittelt, dass sie eh so gut wie keine Chance haben, eine Lehrstelle zu bekommen. Denn wenn es nach der WKO geht, dann soll es nur für „die Stärksten“ eine Ausbildung geben. Die Kampagne ist eine zynische Darstellung einer dramatischen Situation. Ende Februar gab es offiziell 4.841 Lehrstellensuchende Jugendliche. Dazu kommen noch ca. 5.000 Jugendliche, die sich schon für eine Lehrstelle vormerken haben las-

Yanna Ndiaye

sen. Anstatt Lehrstellen zu schaffen wird verlangt, dass Jugendliche um die bestehenden kämpfen. Die Wirtschaft hat vor allem in der Krise keinerlei Interesse daran, allen Jugendlichen eine fundierte Ausbildung zu ermöglichen. Nach und nach werden immer mehr Stellen abgebaut, um Geld einzusparen. Das bedeutet, dass immer weniger Betriebe Lehrlinge ausbilden. Wenn es keine Jobs gibt, wozu Leute ausbilden?

Wir fordern eine Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden bei vollem Lohn. Damit kann die Arbeit auf alle Menschen aufgeteilt und Platz für Lehrstellen geschaffen werden. Für uns ist Ausbildung ein Recht und nicht der Siegespokal für die Stärksten. Dieses Recht wird immer wieder in Frage gestellt und muss verteidigt werden.

- Garantierte qualitative Ausbildungsplätze für alle Jugendlichen

- Ausbildung raus aus UnternehmerInnenhand

- Eine Lehrlingsentschädigung, von der Jugendliche leben können

Für die Durchsetzung der Forderungen braucht es eine Jugendbewegung, die den Protest auf der Straße und in den Betrieben organisiert. Von WKO und Unternehmen haben wir nichts Positives zu erwarten!



Griechenland gegen Faschismus

Seit Ausbruch der Wirtschaftskrise und dem damit einhergehenden Aufstieg

Konzerte organisieren und Solidaritätsarbeit planen. Dazu gehört auch das wö-

um faschistische Angriffe abzuwehren, müssen wir uns organisieren: in jeder Stadt, in jeder Nachbarschaft

der faschistischen Partei Chrysi Avgi (Goldene Morgenröte) in Griechenland formiert sich antifaschistischer Widerstand. In den letzten zwei Jahren haben sich an die hundert Komitees gebildet. Im Stadtkomitee von Volos gibt es wöchentliche Treffen in denen wir antifaschistische Aktionen, Veranstaltungen und

chentliche Sammeln von Lebensmittelpaketen vor Supermärkten, die über Solihäuser verteilt werden. Was als Initiative von Einzelpersonen und linken Gruppierungen, darunter unserer Schwesterorganisation Xekinima begann, entwickelte sich zu einem breiten Bündnis, das Aufklärungsarbeit betreibt

und zum Ziel hat jegliche Aktivitäten von Chrisi Avgi zu verhindern. Die Inhaftierung ihrer Parlamentsmitglieder nach dem Mord am linken Rapper und Gewerkschaftsaktivisten Pavlos Fyssas passierte auf Druck eben dieser Strukturen. Doch selbst mit einem Verbot wäre die Gefahr nicht gebannt. Deshalb arbeiten wir am Aufbau von Nachbarschaftskomitees. In Zusammenarbeit mit der LehrerInnengewerkschaft gibt es Festivals an Schulen und die Koordination der einzelnen Komitees in Thessalien. So konnten wir bereits Büroöffnungen und Aktionen der FaschistInnen auf der Straße verhindern. Der Kampf geht weiter. Theresa Klabacher

Lehramt Uni Wien: Zugangsbeschränkungen bekämpfen

Die Pläne, unter dem Vorwand der „Qualität“ das Lehramtsstudium zu beschränken, sind ein weiterer Teil des Generalangriffs auf das Bildungssystem. Die ÖH Uni Wien verabsäumt es bis jetzt, dagegen ernsthaften Widerstand zu mobilisieren. Stattdessen wird „nüchtern“ über Sinn und Unsinn von Selektion diskutiert und Forderungen formuliert, die die Niederlage bereits vorwegnehmen. Es braucht jetzt gemeinsamen Wider-

stand von Studierenden verschiedener Fakultäten und Unis, denn Zugangsbeschränkungen sind ansteckend. Im ganzen Bildungssystem rumort es (LehrerInnendienstrecht, Zentralmatura...). Schließen wir uns zusammen, um den Kürzungswahn in der Bildung zu stoppen! Die SLP am Lehramt Uni Wien und darüber hinaus ist bereit, sich am Aufbau von Widerstand aktiv zu beteiligen – mit ÖH oder ohne sie.

Fundstück des Monats

Frauen. Fernmelder. Alles dasselbe

Josef Kalina
@josefkalina

Bitte vormerken:
10. Mai: Weltzugvogeltag,
17. Mai: Weltfernmeldetag
Ich jedenfalls werde da Kritisches zu Störchen bzw Telefonen lassen

Der Ex-Bundesgeschäftsführer der SPÖ (und frühere Bundessekretär der SJ) Josef Kalina stellte klar, was er vom Frauntag hält. Eines muss man Kalina lassen: Im Gegensatz zur heuchlerischen SPÖ-Elite, die Tag für Tag Politik gegen Frauen macht, sich aber „fortschrittlich“ gibt, ist er wenigstens ehrlich.

Putschgefahr in Venezuela?!

Vor einem Jahr hat Chávez seinen Kampf gegen den Krebs verloren. Im Kampf zwischen der traditionellen Bourgeoisie und dem Volk unter der neuen Ägide der Linken hatte sich die „Bolivarianische Revolution“ so weit radikalisiert, dass Chávez sie nach den Ereignissen von 2002/3 als „Sozialistische Revolution des 21. Jahrhunderts“ bezeichnete. Dieses Programm machte Chávez zu einer sozialen, ökono-

dieser bedeutet nicht nur sozialen Fortschritt gepaart mit antikapitalistischer und antiimperialistischer Rhetorik, sondern auch Personenkult, Autoritarismus und Revolution von oben. Für breite Teile der venezolanischen Jugend steht diese Regierung – nach 16 Jahren an der Macht – heute daher für das Establishment, für die sozialen Probleme im Land, für Korruption und Machtmissbrauch. Das

sich grundlegend von den aktuellen Ereignissen.

Nach offiziellen Angaben sind als direkte Folge der Proteste bis jetzt 28 Menschen ums Leben gekommen. In den Bundesstaaten Táchira, Zulia und Merida, stellt sich die Lage so dar, dass das Einsickern rechter paramilitärischer Gruppierungen aus Kolumbien, die dem dortigen ehemaligen Präsidenten Uribe nahestehen, und Einheiten aus dem Inland

tionäre Organisation ist, nicht nur um der neuen Offensive der politischen Rechten ein Ende zu bereiten sondern auch, um die Errungenschaften des Bolivarianischen Prozesses zu verteidigen und sie bis hin zur Einführung des revolutionären Sozialismus auszuweiten, liegt auf der Hand. Im Rahmen der Gründungskonferenz, an der über 100 Personen teilnahmen, äußerten sich viele AktivistenInnen dazu, wie kritisch

weit dazu auf, umgehend Solidaritätsschreiben zu schicken, um den CPR und den Kampf gegen die neue rechte Offensive zu unterstützen. Entsprechende Schreiben können auf Spanisch oder Englisch geschickt werden an: socialismo.rev.venezuela@gmail.com.

Internationale UnterstützerInnen der Initiative müssen auch darauf hin gewiesen werden, dass die Obama-Administrati-

Ein Jahr nach Chávez' Tod messen sich Revolution und Konterrevolution in neuer Schärfe.

mischen und politischen Alternative zum Neoliberalismus, der Venezuela in den 1990er Jahren aufgezwungen werden sollte.

Ein Jahr nach seinem Tod droht Venezuela in eine schwere soziale und politische Krise zu stürzen. Auf Massendemonstrationen wird der Rücktritt seines Nachfolgers Maduro gefordert. Auch wenn ein Putsch zur Zeit nicht das wahrscheinlichste Szenario ist, muss klar sein, dass die aktuelle Situation mit einem Erbe Chávez' und des Versagens der Linken ist. Wer heute 20 oder 30 Jahre alt ist, kennt nichts anderes als den „Chavismo“ an der Macht. Doch

Vakuum auf der Linken führt dazu, dass v.a. die rechte Opposition vom berechtigten Unmut der Bevölkerung profitiert. Doch auch die unkritische Solidarität mit der Regierung unter breiten Teilen der Linken zeugt von einem falschen Verständnis der aktuellen Situation.

Bereits vor den aktuellen Protesten gab es hunderte Mobilisierungen und soziale Proteste gegen die Regierung – zur Wohnungsfrage, gegen die steigende Kriminalität und für den Abschluss überbetrieblicher Kollektivverträge. Zudem gab es 2013 Fabriksbesetzungen. All diese Proteste unterscheiden

sowie die streckenweise zu beobachtende Militarisierung dieser Gebiete durch die „National-Bolivarianischen Bewaffneten Kräfte“ (FANB) den Anschein vermitteln, als befände sich das Land im Kriegszustand.

Als Antwort auf diese Situation gründete sich der „Consejo Popular Revolucionario“ (CPR, auf Deutsch „Revolutionärer Volksrat“). Er ist eine neue eigenständige revolutionäre Gruppe bestehend aus rund 30 verschiedenen revolutionären Organisationen, diversen sozialen Bewegungen, Kollektiven und AktivistInnen. Wie dringend nötig eine revolu-

tionäre Organisation ist, nicht nur um der neuen Offensive der politischen Rechten ein Ende zu bereiten sondern auch, um die Errungenschaften des Bolivarianischen Prozesses zu verteidigen und sie bis hin zur Einführung des revolutionären Sozialismus auszuweiten, liegt auf der Hand. Im Rahmen der Gründungskonferenz, an der über 100 Personen teilnahmen, äußerten sich viele AktivistenInnen dazu, wie kritisch

on gerade erst wieder mit „Sanktionen“ gedroht hat und dass es möglicherweise nötig werden kann, gegen die imperialistischen Angriffe rasch mit Mahnwachen vor Botschaften zu reagieren. Die Errungenschaften des Bolivarianischen Prozesses müssen verteidigt werden und die revolutionären Bewegungen im Land, die für Sozialismus kämpfen, brauchen Unterstützung.

Johan Rivas,
Socialismo Revolucionario,
Venezuela

Zur Unabhängigkeit der Krim

Die Halbinsel Krim hat sich per Abstimmung von der Ukraine losgesagt und will sich Russland anschließen. Der Westen hat damit keine Freude da die EU auf die Ressourcen der Ukraine zugreifen will. Die Interessen und Lebensbedingungen normaler Menschen spielen weder in Moskau, Kiew, Brüssel noch Washington eine Rolle. Es geht um die Aufteilung von Einflussbereichen. Notfalls auch zum Preis einer Aufsplitterung der Ukraine.

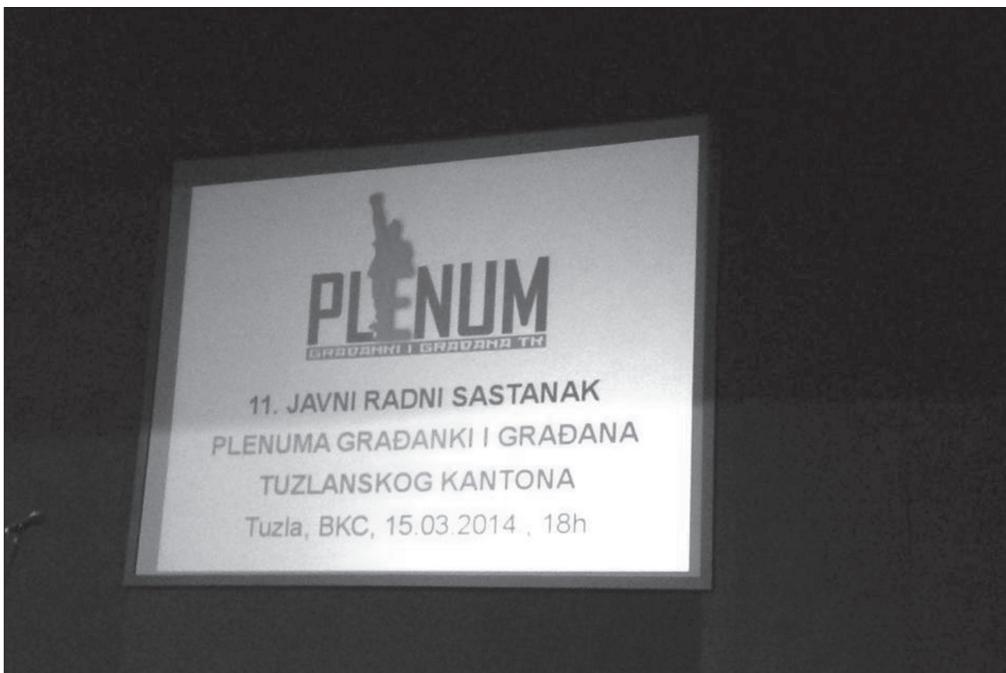
Es war keine wirklich demokratische Abstimmung. Die Propaganda war von Putin dirigiert. Sie wurde von der Mehrheit der tatarischen und ukrainischen Bevölkerung (zusammen ca. 40 %) boykottiert. Doch die Argumentation der EU ist scheinheilig. In Österreich wurde das „Ja“ bei der Abstimmung zum EU-Beitritt 1994 durch eine Propagandalawine „erkauf“t. Als sich Slowenien und Kroatiens von Jugoslawien lossagten entbrannte ein Wettlauf zwischen Deutschland und Österreich um die Anerkennung. Der Krim wird das Selbstbestimmungsrecht aberkannt, weil weder die EU noch die USA Interesse daran haben. Für Putin aber ist die Krim ein enormer Prestige-Erfolg um von den sozialen und wirtschaftlichen Problemen

Albert Kropf

men in Russland abzulenken. Das Recht auf Selbstbestimmung besteht unabhängig davon, was Kiew, Moskau, Washington, Brüssel oder auch Wien für richtig halten. Insofern ist der mehrheitliche Wunsch nach Loslösung zu akzeptieren und verteidigen. Natürlich darf das kein „Persil-Schein“ zur Unterdrückung der eigenen Minderheiten sein.

Die Ukraine ist das drittärteste Land Europas. Die Krim lebte mehr oder weniger von Ausgleichszahlungen durch Kiew. Viele auf der Krim wollen aus demselben Grund zu Russland, wie viele Menschen in der Ukraine eine Annäherung an die EU: sie hoffen auf ein besseres, menschenwürdiges Leben. Der Wunsch nach nationaler Unabhängigkeit hat eine soziale Basis. Beide aber werden bitter enttäuscht werden! Der Anschluss an Russland wird mittelfristig wirtschaftlich stecken bleiben. Die Situation hüben wie drüber wird sich weiter radikalisieren und zusplitzen, das Versagen des Kapitalismus augenfälliger. Das bietet eine große Chance für sozialistische, antikapitalistische Ideen. Es bietet aber auch große Gefahren, wenn es nicht gelingt, eine sozialistische Perspektive in der Bewegung zu verankern.

Albert Kropf



Alle Macht den Plenas?

In Bosnien-Herzegowina haben sich im Rahmen der Proteste, die seit Februar andauern, in einer Reihe von Städten Plenas gebildet,

vom Plenum in Tuzla und meint damit, dass sie sich nicht den vorgegebenen Sachzwängen beugen wollen. Die Plenas sehen sich

dern auch die Überprüfung bzw. Rücknahme von Privatisierungen. Die politische Elite hofft, die Bewegung auszusitzen. Eine

Die Plenas in Bosnien-Herzegowina zeigen die Möglichkeiten, doch sie werden scheitern, wenn sie nicht weiter gehen!

die sich regelmäßig treffen. Sie haben eine Tagesordnung, werden in Arbeitsgruppen vorbereitet, es gibt Redezeitbeschränkung und sie arbeiten zielorientiert. Die Proteste hatten den Rücktritt diverser Regionalregierungen zur Folge. Doch die Plenas sehen es derzeit nicht als ihre Aufgabe, diese zu ersetzen. „Wir wollen ihre Drecksarbeit nicht machen“, erklärt Vedad Pasic

mehr als Kontrollorgan, das Forderungen an die politisch Verantwortlichen formuliert. Doch genau diese „Verantwortlichen“ haben kaum noch Rückhalt, weil sie nicht nur korrupt sind, sondern ihre Politik sich an den Interessen von in- und ausländischen KapitalistInnen orientiert. Die Plenas fordern nicht nur die Beschränkung der PolitikerInnen einkommen, son-

Umsetzung der Forderungen braucht eine neue Welle der Bewegung, die die kapitalistische Logik direkt angreift – unter Einbeziehung der Gewerkschaften, v.a. aber der kämpferischen Betriebsgruppen, der ArbeiterInnen in der Republika Srpska und von Jugendlichen, die keine Perspektive im Land sehen, wenn sich nicht grundlegend etwas ändert.

Sonja Grusch

Nachrichten aus dem Komitee für eine ArbeiterInnenInternationale (CWI)

USA: Für 15 Dollar Mindestlohn

Am 15. Februar wurde in Seattle einen Tag lang die weitere Vorgehensweise der Kampagne für einen 15-Dollar-Mindestlohn (pro Stunde) besprochen und Aktionsgruppen in den Stadtteilen formiert. Über 400 Menschen nahmen an der Veranstaltung teil. Die Kampagne ist in Seattle – und auch darüber hinaus – in aller Munde. Von den ArbeiterInnen auf der Straße, der Zeitung „the Seattle Times“, bis zum Bürgermeister re-

den alle über die Lohninitiative der Socialist Alternative (CWI in den USA). Die weiteren Forderungen sind: 1. Keine Benachteiligung für Berufsgruppen, die Trinkgeld bekommen. 2. ArbeiterInnen aus kleinen Unternehmen sollen auch einen 15-Dollar Mindestlohn bekommen. 3. Der Mindestlohn muss sofort umgesetzt werden und darf nicht weitere Jahre verschoben werden!

www.socialistalternative.org

Nigeria: Für bessere Bildung

Nicht weniger als 100 Studierende, JournalistInnen und Beschäftigte im Bildungssystem aus Nigeria trafen sich am 27. Februar um über das marode Bildungssystem und die Lehren des sechsmonatigen Streiks des akademischen Unipersonals zu diskutieren. Organisiert hatte das Treffen die „Education Rights Campaign“. Das „Democratic Socialist Movement“ (CWI in Nigeria) macht bei dieser Kampagne mit. Segun Sango,

DSM-Generalsekretär betonte, dass der Grund für das schlechte Bildungssystem im Kapitalismus und der verrückten Jagd nach Profiten zu suchen ist. Des Weiteren machte er klar, dass nur eine ArbeiterInnenregierung mit einem sozialistischen Programm und demokratisch verwalteter Wirtschaft in der Lage ist, qualitativ hochwertige Bildung zum Nulltarif anzubieten.

www.socialistnigeria.org

Pakistan

In der Stadt Sindh in Pakistan demonstrierten am 8. März hunderte Frauen, v.a. ArbeiterInnen, gegen religiösen Fundamentalismus und die Talibanisierung des Landes. Die Demonstration, organisiert von GewerkschafterInnen und einer der SMP (CWI in Pakistan) nahestehenden Frauengruppe war lautstark und kämpferisch und wurde von lokalen und nationalen TV Sendern übertragen.

www.socialistpakistan.org



40 Jahre Nelkenrevolution

Damals und heute: Revolutionen sind möglich!

„Brot, Friede, Sozialismus!“ und „Die Macht den ArbeiterInnen“ steht auf den Transparenten, die aus den Massendemonstrationen herausragen. Fabriken unter Kontrolle und Verwaltung von ArbeiterInnenräten. Soldaten, die sich weigern, ausbeuterische Kriege zu führen und rote Nelken in ihre Gewehrläufe stecken.

All das ist keine nostalgische Fantasie aus den 1910er Jahren, sondern passierte in der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts in Portugal 1974. Die sogenannte „Nelkenrevolution“ war weit mehr als nur der überfällige Sturz einer verkrusteten Militärdiktatur. Sie war eine sozialistische Massenbewegung, eine Machtdemonstration der ArbeiterInnenklasse im Nachkriegs-Westeuropa.

Ähnlich wie heute hatten die Menschen in Portugal ihre Regierung und das politische Establishment satt. Sie sahen, dass der Diktator Caetano, aber auch seine verschiedenen Marionetten, im Endeffekt alle daselbe vertraten. Die Menschen hatten genug von der zunehmenden Verarmung in der untergehenden Kolonialmacht. Sie sahen nicht mehr ein, warum sie für die Großmachtfantasien portugiesischer Industrieller in Kriegen gegen die Un-

abhängigkeit-Bewegungen in den Kolonien sterben sollten.

Manches ist heute anders, aber vieles sehr ähnlich: Auch heute verschlechtern sich die sozialen Bedingungen besonders in Europa immer schneller. Wer noch wählen geht, wählt die Partei, die den geringssten Würgereiz verursacht. Doch auch heute gehen die Menschen wieder auf die Straße – von Brasilien bis Thailand. Vor wenigen Jahren kam das Wort „Revolution“ in der gesellschaftlichen Debatte kaum vor. Heute darf es in kaum einer Tageszeitung fehlen, wenn über Ägypten, Ukraine usw. berichtet wird. Wie Unrecht hatte der US-Historiker Francis Fukuyama, als er nach dem Untergang des Stalinismus das „Ende der Geschichte“ prophezeite!

Und doch stechen die Unterschiede ins Auge: Die heute rebellierenden Massen wissen, wogegen sie sind: Gegen die Zerschlagung des Sozialstaats in Griechenland, gegen die Korruption in der Türkei. Wofür man steht, ist jedoch oft weniger klar. Ausdruck dessen sind konfuse Forderungen nach einer „Expertenregierung“ im Rahmen des bosnischen Aufstandes oder dass sich rechte

Kräfte wie die Muslimbruderschaft in Ägypten oder Swoboda in der Ukraine an die Spitze solcher Bewegungen stellen können.

Doch das macht diese Bewegungen nicht an sich „reaktionär“. Heute wie damals kämpfen die Menschen gegen Diktaturen wie in Ägypten oder gegen die Auswirkungen kapitalistischer Krisen. Dies sind berechtigte und notwendige Kämpfe. Wenn sich Rechtsextreme und NationalistInnen oder wie in Thailand Teile des alten Establishments führend auftreten, so ist das ein Beweis für die Schwäche der Linken, Alternativen anzubieten. Es ist nicht die Aufgabe von RevolutionärInnen, am Rande solcher Bewegungen zu stehen und zynisch ihre Fehler zu kommentieren. Wo immer es möglich ist, kann man darin aktiv sein, um die Rechten und prokapitalistischen Kräfte zu entlarven und sozialistische Perspektiven für die Bewegung aufzuzeigen.

Es mag stimmen, dass es zum aktuellen Zeitpunkt aufgrund der ungünstigen Kräfteverhältnisse für Linke in der Ukraine schwer und gefährlich ist, am Maidan zu intervenieren. Dies gilt jedoch nicht für die Betriebe und Einrichtungen, die vom drohenden wirt-

schaftlichen Kollaps bedroht sind. Die Rechten rund um Klitschko und Swoboda werden die Interessen der Massen nach Wohlstand und Sicherheit nicht erfüllen können, weil sie auf dem Boden des immer schneller erodierenden Kapitalismus stehen.

In der Nelkenrevolution gab es ein Ziel, das von den Massen getragen und mit Leben gefüllt wurde: Eine klassenlose Gesellschaft, in der die Bedürfnisse der Menschen und nicht der Profit im Vordergrund stehen. Es fehlte Klarheit darüber, wie dieses Ziel zu erreichen wäre. Das ermöglichte letztlich dem Kapitalismus wieder die Oberhand zu gewinnen, nachdem die britische „Times“ noch 1975 festgestellt hatte: „Der Kapitalismus ist tot in Portugal“.

Dennoch zeigte die Nelkenrevolution das unglaubliche Potential einer ArbeiterInnenklasse, die sich ihrer selbst bewusst ist. In den turbulenten Monaten nach dem April 1974 erreichten zahlreiche Sektoren bis zu 50 % Lohnerhöhungen, LandarbeiterInnen besetzten die Ländereien der GroßgrundbesitzerInnen, Obdachlose organisierten sich und teilten die leerstehenden Häuser unter sich auf, Bankangestell-

te übernahmen die Kontrolle über die Banken und entmachteten die Manager. Im Trubel der revolutionären Ereignisse sprossen Alphabetisierungs-Programme, die ArbeiterInnen unter sich organisierten. Die „Sozialistische“ und die „Kommunistische“ Partei erkannten beide das Potenzial dieser revolutionären Entwicklungen und setzten alles daran, sie zu unterdrücken. Es entstanden zwar revolutionäre Gruppen, doch waren sie insgesamt zu schwach und teilweise zu unerfahren, um im Getümmel eine massenwirksame revolutionäre Strategie umzusetzen.

Der Kapitalismus konnte sich in Portugal trotz der Wucht der Revolution und dem breiten sozialistischen Bewusstsein mit der Hilfe des Reformismus und Stalinismus an der Macht halten. Das sollte uns heute, wo es gilt, das Kampfziel des Sozialismus überhaupt wieder präsent zu machen, nicht entmutigen. Es führt die absolute Notwendigkeit der Verbreitung revolutionärer sozialistischer Ideen vor Augen. Massenbewegungen und Revolutionen waren, sind und werden sein. Ihr Erfolg hängt von der Stärke bewusster revolutionär-sozialistischer Kräfte ab. **Sebastian Kugler**

SLP-Programm genau erklärt:

Beim Streik der KBA Mödling im Februar stand die Schließung des Standortes im Raum. Die SLP war vor Ort mit Flyern, die u.a. diesen Vorschlag machten: „In ähnlichen internationalen

ihrer Verwaltung weiterführen können. Unzählige Beispiele beweisen, dass ArbeiterInnen keine Bosse brauchen, um Betriebe zu führen. Sie eignen sich dadurch an, was ihnen ohnehin gehörte. In

ArbeiterInnen brauchen keine Bosse, um Betriebe zu führen.

Fällen haben die ArbeiterInnen den Abtransport verhindert und sogar den Betrieb besetzt. So kann ausreichend Druck auf die öffentliche Hand aufgebaut werden, das Werk zu übernehmen. Allerdings nicht unter abgehobenem Staats-Management, sondern mit eurer Mitbestimmung!“

Hätten die KBA-ArbeiterInnen ihren Betrieb besetzt, hätten sie ihn unter

solchen Situationen wird ArbeiterInnen ihre wahre Macht bewusst – eine Erfahrung, die auch durch 1.000 schlaue Bücher nicht aufzuwiegen ist.

Doch auch „selbstverwaltete“ Betriebe müssen sich früher oder später der kapitalistischen Profitlogik beugen. Die einzige Möglichkeit, Kontrolle zu behalten, ohne dem Druck des Marktes ausgesetzt zu sein ist, so viel

Druck auf den Staat auszuüben, dass er gezwungen ist, den Betrieb zu erhalten. Der bürgerliche Staat will keine Betriebe, in denen ArbeiterInnen Macht ausüben. Aber durch diese „demokratische Verstaatlichung“ wird die Frage aufgeworfen: Warum leistet sich der Staat eine kleine reiche Minderheit, aber nicht einen Betrieb, der wichtige Produkte herstellt?

Die Antwort kann nur sein: Wir brauchen nicht nur die Kontrolle in den Betrieben, sondern auch einen Staat, der nicht nach kapitalistischen Regeln läuft! Ein wirtschaftlicher Kampf wird ein politischer, auf die Frage der ArbeiterInnenverwaltung folgt die Notwendigkeit eines ArbeiterInnenstaats.

Antifaschismus konkret

Treffen von FPÖ, Burschenschaften & Co. werden oft von Protesten begleitet. Die SLP initiiert viele dieser Aktionen und ist Teil antifaschistischer Bündnisse. Für effektive Proteste ist eine breite Basis nötig. Diese darf aber nicht auf Kosten der Inhalte gehen. Der Kampf gegen Rassismus muss mit sozialen Forderungen verbunden werden. Nicht MigrantInnen, sondern der krisenhafte Ka-

pitalismus ist für sinkende Lebensstandards verantwortlich. Während SPÖ, Grüne und Teile der ÖVP braune Rülpser aus der FPÖ moralisch kritisieren, setzen sie deren Forderungen um, arbeiten mit ihr zusammen, kürzen in allen Bereichen und schaffen so neuen Nährboden für rechte Hetze. Trotzdem wird von manchen Kritik an der SPÖ-Kürzungspolitik in den Hintergrund

gerückt, damit z.B. der SPÖ-Bürgermeister auf einer Antifa-Kundgebung redet. Ohne Antworten auf soziale Probleme werden Proteste zum Selbstzweck und die rechte Szene kann ungestört weiterwachsen. Eine wirkliche Basis für den Kampf gegen rechte Hetze können nur Betroffene, unabhängig organisierte ArbeiterInnen & Jugendliche sein, die eigene Forderungen entwickeln.

Betroffene nicht alleine lassen! Jetzt spenden gegen Polizei-Repression!

Kreativ sind die Verwaltungsstraf-Anzeigen der Polizei im Zusammenhang mit den Protesten gegen die Abschiebung von 8 Flüchtlingsaktivisten im Juli 2013. Wer an einer nicht angemeldeten Kundgebung teilnimmt, wird nicht nur dafür bestraft. Alle TeilnehmerInnen gelten als An-

melderInnen, was richtig kostet. Mehrere SLPlerInnen wurden mit Strafen von bis zu 370 € pro Person versehen, die nun nach allen möglichen Einsprüchen fällig werden. Das ist nur eine Facette der Repression gegen die Asyl-Bewegung. Wir alle sollen durch solche Maßnahmen von So-



lidarität abgehalten werden. Doch das werden sie nicht schaffen: mit Deiner Hilfe!

Spenden mit dem Verwendungszweck Repression bitte auf:

PSK:
IBAN AT256000000000
8812733

Die SLP-Treffpunkte

GMUNDEN

SLP-Ortsgruppe
jeweils Montag, 18⁰⁰ Uhr
im 'Wiener Café'
Esplanade Gmunden

NIEDERÖST. & TIROL

unregelmäßige Treffen
Infos per E-Mail slp@slp.at

WIEN

SLP Wien-West
jeweils Montag, 18³⁰ Uhr
in der 'Libreria Utopia'
15., Preisingasse 26-28/1
(U3 Schweglerstraße)

SLP Wien-Nord

jeweils Dienstag, 18³⁰ Uhr
in der 'Pizzeria La Piazza'
20., Gaussplatz 7
(31 bis Gaussplatz oder
Nähe U4 Friedensbrücke)

SLP Wien-Mitte

jeweils Donnerstag, 19⁰⁰ Uhr
im 'Kebab-Haus'
4., Operngasse 26
(Nähe Karlsplatz)



Zahlreiche
Termine und
Veranstaltungshinweise
auf www.slp.at

Andere über uns



Die Journalistin Elisabeth Doderer berichtete von unserer Veranstaltung „Österreich am Weg zum Polizeistaat?“ mit Michael Gerner, Obmann von Asyl in Not und Franz Witzmann, Ex-Polizist und freier Redakteur in Wien. Dankenswerterweise stellte sie auch Audiomitschnitte der ganzen Diskussion online (elisabethdoderer.com) Auch Franz Witzmann berichtete auf seinem Blog derbernauer.at von der Veranstaltung.

VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

seit September 2011:

Neues, handliches Format

Neues, modernes Design

**Mehr Berichte & Analysen
aus sozialistischer Sicht**

Jahres-Abo (10 Ausgaben)

€ 24,- **Normal-Abo**

€ 14,- **Sozial-Abo** für Menschen ohne eigenem Einkommen
ab € 7,-/Monat: **Alles Inklusive Abo** (alle Publikationen der SLP)



VORWÄRTS Jetzt abonnieren: www.slp.at

Abo-Zahlungen & Spenden: PSK (BLZ 60 000) Kto-Nr. 8812.733

Burschis raus aus Amt und Würden!

Burschenschaften stehen in der konservativsten und reaktionärsten Tradition und sind auch heute gefährlich.

Der „Wiener Korporationsring (WKR)“, der Dachverband der deutschnationalen Burschenschaften kündigt für Mai ein „Fest der Freiheit“ an. Die Rechtsextremen wollen ihr Bild in der Öffentlichkeit „gerade“ rücken, indem sie an ihre angeblich fortschrittliche Rolle in der 1848er Revolution erinnern. Das ist doppelt verlogen: 1. weil Burschis alles andere als demokratisch sind (Neubiegetretene müssen sich demütigen lassen, Frauen

gibt's sowieso nicht) und 2. ihre Rolle 1848 gerne beschönigt wird. Als sich die „Akademische Legion“ formte, waren die besten Tage der Revolution bereits vorbei. Stattdessen schlug sie mit der Nationalgarde ArbeiterInnenproteste im Wiener Prater blutig nieder.

Der WKR, mit seinen engen Verbindungen zur Nazi-Szene, steht somit in Tradition der ArbeiterInnenmörder.

Als rechter Rand in der FPÖ kommen Burschis in

Positionen im Staat (Polizeiführung, Staatsanwirtschaft). Viele FPÖ-Mandatare sind in Burschenschaften, was noch mehr Einfluss bringt. Widerstand gegen das „Fest der Freiheit“ ist also eine zentrale Aufgabe von AntifaschistInnen im Mai, genau wie eine starke Demo am 8. Mai, dem Tag der Befreiung vom Faschismus. Gemeinsam werden wir, egal was die Rechten planen, auf die Straße gehen.

Tilman M. Ruster



- Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.200 Euro netto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche - d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbefristeten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitäler in allen Bundesländern.
- Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.
- Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Ausreichend Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisierung und Selbstbestimmung.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle
- Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit. Keine Kooperation & kein Beitritt zu einem Militärbündnis.
- Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- Faschistische und rechtsextreme Organisation wie BFJ, NVP & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für MigrantInnen, GewerkschafterInnen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine StellvertreterInnenpolitik, sondern wir brauchen eine neue starke, kämpferische sozialistische Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose & Jugendliche, deren VertreterInnen keine Privilegien haben.
- Hunger, Krieg, Armut & Verschuldung sind die Folge imperialistischer, neokolonialer Politik. Für internationale Solidarität & Zusammenarbeit der ArbeiterInnenbewegung.
- Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten und der Gesellschaft.
- Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die ArbeiterInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.